



# BVV SÜDWEST

Journal der CDU-Fraktion Steglitz-Zehlendorf Nr. 31 / 25. Juni 2022



CDU läßt nicht locker: Fragen nach grünem 2,7 Mio Euro-Schaden

## Hippe: Schellenberg politisch gescheitert

**Steglitz-Zehlendorf.** Wegen der verlorenen Haushaltsmittel von 2,7 Millionen Euro für öffentliche Bauten stellt die CDU-Fraktion weiter kritische Fragen an die Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg und die neue Zählgemeinschaft aus Grünen, SPD und FDP. Fraktionschef Torsten Hippe spricht vom „politischen Scheitern“ in dieser Frage und sieht sich durch den Finanzsenator bestätigt. Zu den Unklarheiten der entgangenen Haushaltsmittel hat die CDU als stärkste BVV-Fraktion deshalb einen umfangreichen Fragenkatalog in die Bezirksverordnetenversammlung eingereicht.

Auch die Senatsfinanzverwaltung hat bei der Nachschau beanstandet, daß der Schadensbetrag von 2,1 Millionen Euro, den die Bezirksbürgermeisterin durch Nichtausgaben im Jahre 2020 im Rahmen der Schulbauunterhaltung für Steglitz-Zehlendorf in diesem Jahr nicht mehr im Bezirkshaushalt veranschlagt ist.

Dies gilt auch für weitere 613 000 Euro, welche die grüne Bezirksbürgermeisterin durch Nichtausgabe 2020 für den Bezirk zu verantworten hat, so Hippe weiter.

### Muß der Bezirk einen Nachtragshaushalt erstellen?

Die Christdemokraten vermuten, daß die Senatsfinanzverwaltung deswegen dem Hauptausschuß empfohlen habe, beide Beträge jeweils zugunsten der baulichen Unterhaltung von Schulen und anderer Gebäuden und zu Lasten pauschaler Einsparungen wieder zuzuführen. Wenn das so sei, ist das genau das, was die CDU-Fraktion im Änderungsantrag zum Haushalt vorgeschla-



Ein Symbol für vernachlässigte Schulen: die Fichtenberg-Oberschule in Steglitz. Foto: M. A. Schmidt

gen hatte, den Grüne, SPD und FDP in der BVV abgelehnt hatten. Wegen Überschreitung der angenommenen Einprozent-Grenze für ungedeckte Haushaltstitel um weniger als 2,7 Millionen Euro fordert die Senatsfinanzverwaltung, nunmehr einen Nachtragshaushalt vom Bezirk. Wollte deswegen“, fragt die CDU-Fraktion, „der Finanzsenator die bestehende Haushaltsperre nicht aufheben?“

Wie will die grüne Bezirksbürgermeisterin Schellenberg“, so fragt die CDU-Fraktion weiter, „das in ihrer Verantwortung entstandene Defizit bereinigen, so daß die Haushaltssperre für den Bezirk rasch aufgehoben wird? Wie soll-

te die entsprechende Einsparung erbracht werden? Welche Bereiche im Bezirksamt werden darunter leiden, wenn sie zur Deckung des Schadens von 2,7 Millionen Euro beitragen?“

### Ist die Bürgermeisterin der Zählgemeinschaft blind gefolgt?

„Dachte die Bezirksbürgermeisterin bereits bei Kenntnisnahme des Änderungsantrages der CDU-Fraktion zum Haushalt darüber nach, wie die deswegen erforderlichen Einsparungen zu erbringen sind? Zu welchem Ergebnis ist sie gekommen? Oder ist sie der Fehleinschätzung der Zählgemeinschaft der grün-rotgelben Zählgemeinschaft blind

gefolgt?“, will Fraktionschef Hippe wissen. Abschließend fragt er Schellenberg, wie sie ihr politisches Scheitern bereits beim ersten Haushalt bewerte – und das trotz der von der CDU-Fraktion gelieferten und von ihr ausgeschlagenen Unterstützung, so daß bei fortdauernder Haushaltsperre ein Nachtragshaushalt erforderlich sei. „Welche Personal- und andere zusätzliche Kosten werden für einen Nachtragshaushalt entstehen?“ so die Anfrage.

Die komplette Anfrage können Sie nachlesen im Internet unter [www.berlin.de/ba-steglitz-zehlendorf/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/vo020.asp?VOLFDNR=8396](http://www.berlin.de/ba-steglitz-zehlendorf/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/vo020.asp?VOLFDNR=8396)

### Liebe Leser,



Wann, wenn nicht jetzt, ist es Zeit, über Radfahrer zu reden? Das einspurige Verkehrsmittel Fahrrad ist im trockenen Sommer eine beliebte Alternative zu Bussen sowie S- oder U-Bahnen. Bei Strecken unter fünf Kilometern ist es zuweilen praktischer, mit dem Rad als mit dem Auto zu fahren, schon weil man sich die Parkplatzsuche erspart. Neuerdings tauchen immer mehr Räder auf, die breite Kästen vor sich her steuern, in denen Kinder, Hunde oder Bierkästen hocken.

All das ist sicher gut für ansonsten bewegungsarme Großstädter und die Atemluft in der Hauptstadt, führt aber auch zu Konflikten. Zuallererst mit den schwächeren Verkehrsteilnehmern, den Fußgängern, die oft Zentimeter entfernt auf dem Bürgersteig spazieren, aber oft auch zu Mitmenschen, die ebenfalls auf dem Rad unterwegs sind. Und da sind die Lenker von Fahrrädern zumeist nicht besser als die von Kraftwagen. Es geht ganz einfach um Rücksichtnahme und Benehmen.

Schwer begreiflich zu machen ist Radlern, daß es kein Grundrecht auf Überholen gibt. Was auf der Straße für die Autos gilt, trifft eben auch für Fahrräder auf dem „Radstreifen“ zu: überholen nur, wo Platz ist. Wer langsamer als 30 radelt, wird von den meisten Mitradlern bereits als Hindernis angesehen und mit Unmutsäußerungen oder lautem Klingeln bedacht. Auch Fußgänger, die aus dem Bus steigen, können davon ein Lied singen.

Noch kritischer wird es beim Zusammentreffen von Fahrrädern und Kraftwagen auf der Straße. Nach der Straßenverkehrsordnung dürfen jetzt Radler auf der Straße fahren. Das bedeutet indes, daß sie dort am rechten Rande unterwegs sein dürfen – nicht in der Mitte. Selbst Mopeds mit Versicherungskennzeichen haben nicht die ganze Spur zu Verfügung.

Mitunter hat man nicht nur als Autofahrer den Eindruck, von Radfahrern provoziert zu werden. Das ist schlechter Stil, aber auch gefährlich und deshalb zurecht verboten. Da aber ist der Velo-Anarchist im Vorteil. Er entkommt wider alle Regeln dem Geschädigten oder Polizisten. Kein Kennzeichen kann ihn später identifizieren. Anders als bis 2012 in der Schweiz und Liechtenstein tragen Velos hier keine Nummernschilder, unterliegen nicht der Steuer- oder Haftpflicht.

Wenn Fahrräder eines Tages wirklich den Anteil am allgemeinen Straßenverkehr bekommen sollen, den „Mobilitätspolitiker“ ihnen zubilligen wollen, müßte sich das ändern.

Ich wünsche Ihnen einen erholsamen Urlaub, auch auf dem Rad.

Ihr Martinus A. Schmidt



CDU-Bezirkspolitiker gedenken am 17. Juni der Opfer des Volksaufstandes in der DDR und der kommunistischen Diktatur. Foto: Ralf Fröhlich

### Ehrung der Opfer des DDR-Aufstands

## Gedenken an den 17. Juni 1953

**Zehlendorf.** Am 17. Juni haben Vertreter der CDU und Bezirksverordnete am Holzkreuz über der Autobahn in Zehlendorf wieder der zahlreichen Opfer sozialistischer Gewalt Herrschaft gedacht

Beim Volksaufstand 1953, ausgelöst durch Streiks, starben mehr als 50 Menschen durch sowjetische Soldaten und kasernierte Volkspolizei. Bis zu 15.000 wurden verhaf-

tet, 1526 Personen später zu hohen Haftstrafen verurteilt. Die Wahrheit über die tragischen Ereignisse durften die DDR-Bürger erst 1990 erfahren.

Seitdem ehren Kommunalpolitiker Steglitz-Zehlendorfs zusammen mit denen aus Teltow und Kleinmachnow die Opfer der kommunistischen Diktatur – so auch in diesem Jahr, am 69. Jahrestag der Ereignisse.

**Bezirksverordneter Ralf Fröhlich**

## Sandkasten von gefährlichen Rückständen reinigen

**Steglitz.** Der Sand im Buddelkasten am Carmerplatz in Steglitz soll nach Vorstellung der CDU-Fraktion von gefährlichen Rückständen gereinigt werden.

In einem entsprechenden Antrag des Bezirksverordneten Ralf Fröhlich wird das Bezirksamt ersucht, den Spielplatzsand auf dem dortigen Spielplatz auszutauschen, weil dort sehr viele Zigarettenkippen und Glasscherben im Sand

Sie erreichen Ralf Fröhlich unter 0179 / 537 93 63 oder per E-Mail an [fruehlich-ralf@gmx.de](mailto:fruehlich-ralf@gmx.de).



vorhanden seien. Spielplätze im Bezirk sind häufig – besonders in den Abendstunden, wenn die Kinder im Bett sind – Ziel von Vandalismus Heranwachsender oder junger Erwachsener.

## Basketballfelder schnell anlegen

**Zehlendorf.** Die CDU-Fraktion will die geplanten Basketballfelder so rasch wie möglich anlegen. In einem entsprechenden Antrag des Bezirksverordneten Ralf Fröhlich heißt es, das Bezirksamt werde ersucht zu prüfen, ob die geplanten Einrichtungen für Basketball auf dem Sportplatz Sachtlebenstraße bereits jetzt gebaut werden könnten. Der Bezirksverordnete aus Zehlendorf-Süd beruft sich dabei auf eine erhöhte Nachfrage, die der „Runde Tisch Zehlendorf-Süd“ zum Bespielen solcher Basketballfelder sieht.

## Sicherer Fußweg in Sundgauer Straße

**Zehlendorf.** Das Bezirksamt soll nach dem Willen der CDU-Fraktion hochstehende Gehwegplatten an der Ecke Dahlemer Weg und Dollartstraße sowie in der Sundgauer Straße zwischen Hampsteadstraße und Berliner Straße (linke Seite) schnell beseitigen, so daß die Verkehrssicherheit in den genannten Straßenbereichen wieder hergestellt ist. Die kaputten Gehwegplatten machen nicht nur gesunden Fußgängern zu schaffen. Sie sind vor allem eine ernstzunehmende Gefahrenstelle für sehbehinderte Menschen.

**Bezirksverordneter Sebastian Voigt**

## Runder Tisch für Lärmschutz an der Stammbahn

**Steglitz-Zehlendorf.** Ein „Runder Tisch“ im Rahmen des Infrastrukturprojekts 2030 mit allen Betroffenen und Beteiligten soll nach Vorstellung der CDU-Fraktion Konflikte um Lärmschutz am Bauprojekt „Stammbahn“ im Keim ersticken.

Damit könnten Interessen betroffener Bürger dort frühzeitig und einvernehmlich thematisiert und Lösungen gefunden werden, heißt es im entsprechenden Antrag des Bezirksverordneten Sebastian Voigt.

Die Streckenführung der Stammbahn führe südwestlich vom Bahnhof Zehlendorf nah an Wohnhäusern vorbei. Die Stammbahn soll künftig im Rahmen des angestrebten „Deutschlandtaktes“ mit vier Regionalzügen pro

Sie erreichen Sebastian Voigt unter ☎ 90 299-53 10 oder per E-Mail-Kontakt [voigt@cdu-bvv-sz.de](mailto:voigt@cdu-bvv-sz.de).



Stunde und Richtung befahren werden, wofür ein zweigleisiger Ausbau nebst Elektrifizierung der Strecke mit Oberleitungen erforderlich ist. Hieraus ergeben sich nach Ansicht des Bezirksverordneten Fragen für Anwohner der Strecke, wie Vibrationsschutz, Schallschutz, sichere Bahnübergänge oder Elektromog. Verkehrsteilnehmer, besonders Kinder und eingeschränkte Personen, müßten dabei geschützt werden. Die neuen Schienen würden auch die Nutzung durch Güterzüge ermöglichen, die lauter seien als moderne Personenzüge.



Die Natur hat sich die Gleise der Stammbahn zurückerobert. Doch schon bald sollen hier wieder Züge rollen. Foto: M. A. Schmidt

**Bezirksverordneter Michael Mc Laughlin**

## Umstrittene Straßennamen: Tübinger Modell als Lösung

**Steglitz-Zehlendorf.** Im Streit um historische Straßennamen schlägt die CDU-Fraktion eine Lösung nach dem Tübinger Modell vor.

Wie ein Antrag des Bezirksverordneten Michael Mc Laughlin vorsieht, soll das Bezirksamt ersucht werden zu prüfen, in Steglitz-Zehlendorf das Tübinger Straßenschilder-Knoten-Konzept zu übernehmen. Dort werden Schildermasten mit Namen, die heute Anstoß erregen, seit kurzem mit Kunststoffknoten und QR-Codes versehen.

Die Aktion auf Anregung des grünen Oberbürgermeisters Boris Pal-

Sie erreichen den Verordneten Michael Mc Laughlin telefonisch unter ☎ 0179 / 395 80 81.



mer ist bislang einmalig in Deutschland und soll zur Diskussion anregen. Ob die betreffenden Straßen in der württembergischen Universitätsstadt später auch umbenannt werden, steht noch nicht fest. Auch das QR-Code-Konzept, um zeitgemäß mit dem Smartphone Informationen zu den Straßennamen heruntergeladen zu können, soll nach Mc Laughlins Antrag geprüft werden.

Aus der Geschichte könne man nur lernen, so Mc Laughlin in seinem Antrag, wenn ihre Spuren weiterhin sichtbar seien und man sich kritisch damit auseinandersetze: „Das simple Tilgen umstrittener Straßennamen ist aus historischer und pädagogischer Sicht der falsche Weg, um positive Schlüsse für die Zukunft zu ziehen.“ Stattdessen will der Kommunalpolitiker den kritischen Diskurs, der zum Nachdenken anregt. Der Knoten im Pfosten weist nach dem Tübinger Modell auf einen kritischen Straßennamen hin, über den man sich per QR-Code informieren kann. Eine Stele wäre teurer, so der Bezirkspolitiker.



Die vielbefahrende Bundesstraße 1 ist seit kurzem für Autos nur noch einspurig, die rechte Fahrspur seitdem den Radlern vorbehalten. Foto: M. A. Schmidt

## Sicherer Radweg Unter den Eichen

**Steglitz.** Neu angelegte Radwege auf der Straße Unter den Eichen sollten mit dem Autoverkehr an der Bundesstraße 1 versöhnt werden.

In einem Antrag fordert der CDU-Bezirksverordnete Michael Mc Laughlin das Bezirksamt auf zu prüfen, ob man dort den neugeschaffenen Radstreifen bei Erhalt aller Parkplätze auf die südliche Straßenseite in die dort liegende Anwohnerstraße verlegen kann. Diese werde bereits als Radweg stadteinwärts genutzt. Durch eine Freigabe für beide Richtungen entstünde ein doppelter Vorteil. Die Straße wird eigentlich nur von den Anwohnern benutzt und ist durch einen festen Grünstreifen

zur Straße Unter den Eichen/Schloßstraße getrennt. Durch eine solche Maßnahme könnte der neue Fahrradstreifen zugunsten des Verkehrsflusses entfallen.

Der kürzlich angelegte Velostreifen in Busbreite sei eine einseitige Lösung nur für Fahrräder, begründet Mc Laughlin seinen Vorstoß. Durch die Pkw-Staugefahr sei er aber keine ökologisch-nachhaltige Lösung. Staus sind nicht umweltfreundlich. Die räumlich getrennt verlaufende, bislang nur für den Verkehr in Richtung Innenstadt nutzbare Anwohnerstraße bietet sich nach Worten Mc Laughlins geradezu an, zumal es gängige Praxis sei, Einbahnstraßen für beidseitigen Verkehr für Radler zu öffnen.

**Bezirksverordneter Jens Kronhagel**

## „Angsträume“ benennen und besser beleuchten

**Steglitz-Zehlendorf.** Dunkle Straßen und Plätze im Bezirk – sogenannte Angsträume – sollten nach dem Willen der CDU-Fraktion öffentlich benannt werden.

Wie es in einem entsprechenden Antrag des Bezirksverordneten Jens Kronhagel heißt, wird das Bezirksamt aufgefordert, „Bürger in Steglitz-Zehlendorf über Medien aufzurufen, öffentliche Straßenabschnitte, Wege und Plätze zu benennen, die nicht oder zu schlecht ausgeleuchtet sind und

Jens Kronhagel erreichen Sie unter ☎ 0172 / 396 70 24 sowie per E-Mail an [jens-kronhagel@t-online.de](mailto:jens-kronhagel@t-online.de)



bei Dunkelheit gemieden werden sollten.“ Plan ist, alle betroffenen Orte besser zu beleuchten. „Die Vermeidung von Angsträumen durch bessere Ausleuchtung vermeidet Kriminalität und stärkt das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger im Bezirk“, betont Kronhagel.

## Zur Zukunft der Einkaufspassage am Kamenzer Damm

**Lankwitz.** Die CDU-Fraktion sorgt sich um die Zukunft der Einkaufspassage am Kamenzer Damm. In einer Anfrage an das Bezirksamt möchte der Bezirksverordnete Jens Kronhagel deshalb Näheres über mögliche Umbaupläne in dem Gebäudekomplex erfahren. „Würden beim Bezirksamt Anträge zu baulichen Nutzungsänderungen, Abriß oder Neubau gestellt“, will Kronhagel wissen. Insbesondere besorgen den Kommunalpolitiker, daß der dortige Edeka-Supermarkt den Standort verlassen könnte.

**Bezirksverordneter Bernhard Lücke**

# Katastrophenschutz prüfen und stärken

**Steglitz-Zehlendorf.** Die CDU-Fraktion will den Katastrophenschutz auch in Steglitz-Zehlendorf stärken.

Ein entsprechender Antrag des Bezirksverordneten Bernhard Lücke ersucht das Bezirksamt, auf Grundlage der Konzeption Zivile Verteidigung (KZV) des Bundes seine Katastrophenschutzkonzeption zu überprüfen. Es müsse sichergestellt sein, daß deren Mindestempfehlungen erreicht werden. Die aktuellen Ereignisse dieses Jahres zeigten, daß 80 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg Krieg und Zerstörung in Europa wieder Realität seien: „Dadurch sind Risiken durch die gewachsene Bedeutung und den Umfang der kritischen Infrastruktur in Deutschland stärker in den Fokus gerückt“, betont Lücke.

Zur Erreichung des KZV-Ziels sei die Zusammenarbeit mit allen Bundes- und Landesbehörden sowie den Organisationen zu suchen, die in Deutschland für den Zivilschutz zuständig sind, etwa mit dem BBK, der Senatsinnenverwaltung, „Blaulicht-Organisationen“, das BSI und der Bundeswehr. Ebenso ist die Zusammenarbeit mit Organisationen zu suchen, die kritische Infrastruktur betreiben und schützen (KRITIS).

Nach Lückes Darstellung hat die Corona-Pandemie der vergangenen zwei Jahre bereits gezeigt, daß die Gesundheitsinfrastruktur besonderen Belastungen ausgesetzt sei. Das Bundesinnenministerium hat im März 2022 finanzielle Mittel des Bundes für den Katastrophenschutz zugesagt. Der Abbau bestehender Schutzeinrichtungen soll gestoppt werden, stattdessen sollen solche Einrichtungen nun ertüchtigt werden.

Auch in Steglitz-Zehlendorf seien Schädigungen von Stromnetzen, Sendeanlagen, Schienenverbindungen, Hospitälern und Wasserleitungen als kritisch zu bewerten, so Lücke. Solche Havarien bestenfalls zu vermeiden sei genauso wichtig, wie deren Auswirkungen



**Nachdem es jahrzehntlang in Berlin keine Sirenen mehr gab, soll sich das nun ändern. Bis 2023 werden 400 Warngeräte in der ganzen Stadt installiert. Eine der ersten Sirenen wurde Ende April auf dem Dach der Feuerwache Mitte aufgebaut.** Foto: Feuerwehr Berlin

zu begrenzen und ihre kurzfristige Instandsetzung sicherstellen zu können. Die Stärkung des Zivilschutzes aus bezirklicher Sicht müsse die Energie- und Wasserversorgung sicherstellen, wozu

**Sie wollen das auch? Nehmen Sie mit uns Kontakt auf, wir werden gemeinsam tätig.**  
**B.Luecke@cdu-sz.de**



auch Straßenpumpen gehörten, die Kommunikationsinfrastruktur wie Mobilfunknetze sowie die Gesundheitsversorgung auch im Havariiefall. Zudem müsse künftig die Versorgung mit Nahrungsmitteln, Fernwärme und Medikamenten gewährleistet sein und Zivilschützer entsprechend in Fertigkeiten und Kenntnissen des Zivilschutzes ausreichend geschult sein.

Nach Lückes Vorstellung solle das Bezirksamt Risiken für Gesellschaft und Staat erkennen, die

durch Katastrophen entstehen könnten, einen Katastrophenschutzplan erstellen, in dem für alle Aufgaben Verantwortliche verzeichnet seien, sowie einen Krisenstab bilden, der die Kommunikation und verbindliche Abstimmung von Maßnahmen zwischen allen Organisationen des Bevölkerungsschutzes und der Bundeswehr sicherstelle.

Auch die Benutzungstauglichkeit bestehender Schutzanlagen wie derjenigen im Rathaus müsse garantiert werden. Evakuierungs- und Unterbringungspläne müßten auch sicherstellen, daß Menschen, die dazu selbst nicht in der Lage sind, berücksichtigt werden.

„Bevölkerungsschutz muß die Menschen mitnehmen“, so der Bezirksverordnete, „und zur Teilnahme motivieren. Dazu können Nachbarschaftsgruppen geeignet sein.“ Sie könnten auch Aufgaben übernehmen, wie etwa die Evakuierung von Menschen, die sich selbst nicht helfen können.

# Für potentielle Ehrenamtler ist Nachhilfe interessanter als das Rettungswesen

**Steglitz-Zehlendorf.** Vereine im Rettungswesen haben nach Auskunft des Bezirksamts weniger Zulauf als Hausaufgabenhilfen oder Lesepatenschaften. Das teilte das Amt auf eine Anfrage des CDU-Bezirksverordneten Bernhard Lücke jetzt mit. Lücke hatte vom Bezirksamt wissen wollen, wie es bis zum Ende der Wahlperiode Ehrenämter fördere.

Dabei interessierte er sich besonders dafür, wie das Amt sogenannte „Blaulichtorganisationen“

wie DLRG, DRK oder THW bei der Gewinnung neuer Helfer unterstütze und welche Projekte das Bezirksamt ganz speziell fördere, um Jugendliche für die ehrenamtliche Arbeit in den betreffenden Vereinen zu interessieren.

Nach Angaben des Bezirksamtes wird die Freiwilligenagentur Steglitz-Zehlendorfs mit 153.000 Euro vom Land und Bezirk unterstützt. Kernaufgabe der Freiwilligenagentur Steglitz-Zehlendorf sei die Beratung und Vermittlung von Ehrenamtsinteressierten für ein pas-

sendes Engagement. Laut Freiwilligenagentur gibt es verschiedene Blaulichtorganisationen, die einen Bedarf an ehrenamtlicher Unterstützung gemeldet haben.

Die DRK Südwest gGmbH ist Kooperationspartner der Freiwilligenagentur und stellt derzeit einen Mitarbeiter, der für das Schwerpunktthema „Junges Engagement“ zuständig ist. Durch die Übernahme anteiliger Personalkosten fördere das BA indirekt die Freiwilligenagentur, heißt es in der Antwort auf Lückes Anfrage.

**Bezirksverordnete Beate Roll**

# Städtepartnerschaft Berlin-Moskau aussetzen!

**Steglitz-Zehlendorf.** Die CDU-Fraktion möchte die Städtepartnerschaft mit der russischen Hauptstadt Moskau aussetzen.

**Sie erreichen Beate Roll unter 0177 / 817 79 24 oder auch per E-Mail an roll@cdu-bvv-sz.de**



Einen entsprechenden Antrag brachte jetzt die Bezirksverordnete Beate Roll in die BVV ein. Darin wird das Bezirksamt gebeten, sich beim Senat von Berlin dafür einzusetzen, daß die Städtepartnerschaft zwischen Berlin und Moskau so lange ausgesetzt wird, bis die russische Armee die Be-

setzung der Ukraine beendet habe. Trotzdem dürften Kontakte und Unterstützungsmöglichkeiten zu oppositionellen Gruppen nicht vernachlässigt werden und müßten weiter möglich sein, heißt es weiter im Antrag.

**Bezirksverordnete Dr. Sabine Lehmann-Brauns**

# Wie lange dauert die Sperrung der Takustraße?

**Dahlem.** Seit zwei Jahren ist die Takustraße in Dahlem gesperrt. Grund dafür waren Bauarbeiten zwischen Schwendner Straße und Armmallee auf den Grundstücken beidseits der Straße, die zur Freien Universität Berlin (FU) gehören.

**Sie erreichen Dr. Sabine Lehmann-Brauns per E-Mail an anwaltskanzlei@bln.de**



Warum ist die Straße immer noch blockiert, obgleich die Bauarbeiten längst abgeschlossen worden seien, möchte die CDU-Fraktion vom Bezirksamt wissen: „Wann wird die Straße wieder für alle Verkehrsteilnehmer geöffnet werden“, fragt die Verordnete Sabine Lehmann-Brauns. Die Einbahnstraße von der Königin-Lui-

se- zur Limonenstraße ist seit Jahren nicht einmal mehr für Fußgänger passierbar. Studenten des Fachbereichs Chemie an der Ecke Schwendnerstraße müssen einen weiträumigen Umweg in Kauf nehmen, wollen sie zum U-Bahnhof Dahlem-Dorf. Laut den Sperrschildern an der Baustelle sollte die Takustraße bereits wieder freigegeben werden.



**Obwohl die Bauarbeiten in der Takustraße längst beendet sind, ist der direkte Weg zu den FU-Gebäuden immer noch versperrt.** Foto: M. A. Schmidt

## IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
 CDU-Fraktion in der BVV Steglitz-Zehlendorf,  
 Kirchstraße 1-3, 14163 Berlin,  
 Tel.: (030) 90 299-53 10,  
 E-Mail: info@fraktion-steglitz-zehlendorf.de  
**V.i.S.d.P.:** Torsten Hippe  
**Redaktion:** Martinus Araújo Schmidt  
**Verlag:** FUNKE Berlin Wochenblatt GmbH,  
 Kurfürstendamm 21, 10719 Berlin,  
 Tel.: (030) 887 277 100  
**Druck:** Axel Springer Druckhaus Spandau  
**Auflage:** 131.500 Exemplare



**Haben Sie Anliegen, Beschwerden oder Sorgen? Wir kümmern uns!**

**Wenden Sie sich an Fraktionsvorsitzenden Torsten Hippe:**  
 ☎ 902 99 53 10, Fax- 61 10,  
 E-Mail: info@fraktion-steglitz-zehlendorf.de

**Online mehr über unsere Fraktion erfahren:  
 Weitere Infos erhalten Sie auch auf [www.cdu-bvv-sz.de](http://www.cdu-bvv-sz.de)**

**kurz & knapp**
**Straße für getöteten KZ-Überlebenden**

**Steglitz-Zehlendorf.** Nach Boris Timofijowitsch Romantschenko soll im Bezirk eine Straße benannt werden. Dies sieht ein Antrag des CDU-Bezirksverordneten Bernhard Lücke vor. Der 96-Jährige Romantschenko war Überlebender deutscher Konzentrationslager und wurde am 18. März bei einem Raketenangriff der Russen auf Steglitz-Zehlendorfs Partnergemeinde Charkiw in seiner Wohnung getötet.

**Weniger Müll am Kleinen Wannsee**

**Nikolassee.** Müllbehälter am Am Kleinen Wannsee sollen nach Absicht der CDU-Fraktion künftig häufiger geleert werden. Wie es in einem Antrag der Bezirksverordneten Beate Roll heißt, soll das Grünflächenamt mit der BSR verabreden, die Leerung von Abfallcontainern „bedarfsgerecht“ vorzunehmen.

**Abfallcontainer an der Matthäuskirche**

**Steglitz.** Abfall und Schmutz rund um die Matthäuskirche am Rathaus Steglitz ist Gegenstand einer Anfrage der CDU-Bezirksverordneten Claudia Wein. Sie möchte wissen, wann das Bezirksamt Mülleimer an den Parkbänken der Zuwegungen zur Matthäuskirche aufstellen wird. Zudem fragt sie, ob es zum „Müllproblem rund um die Matthäuskirche“ Absprachen mit Vertretern der Gemeinde gegeben habe.

**Schaukeln für Körperbehinderte**

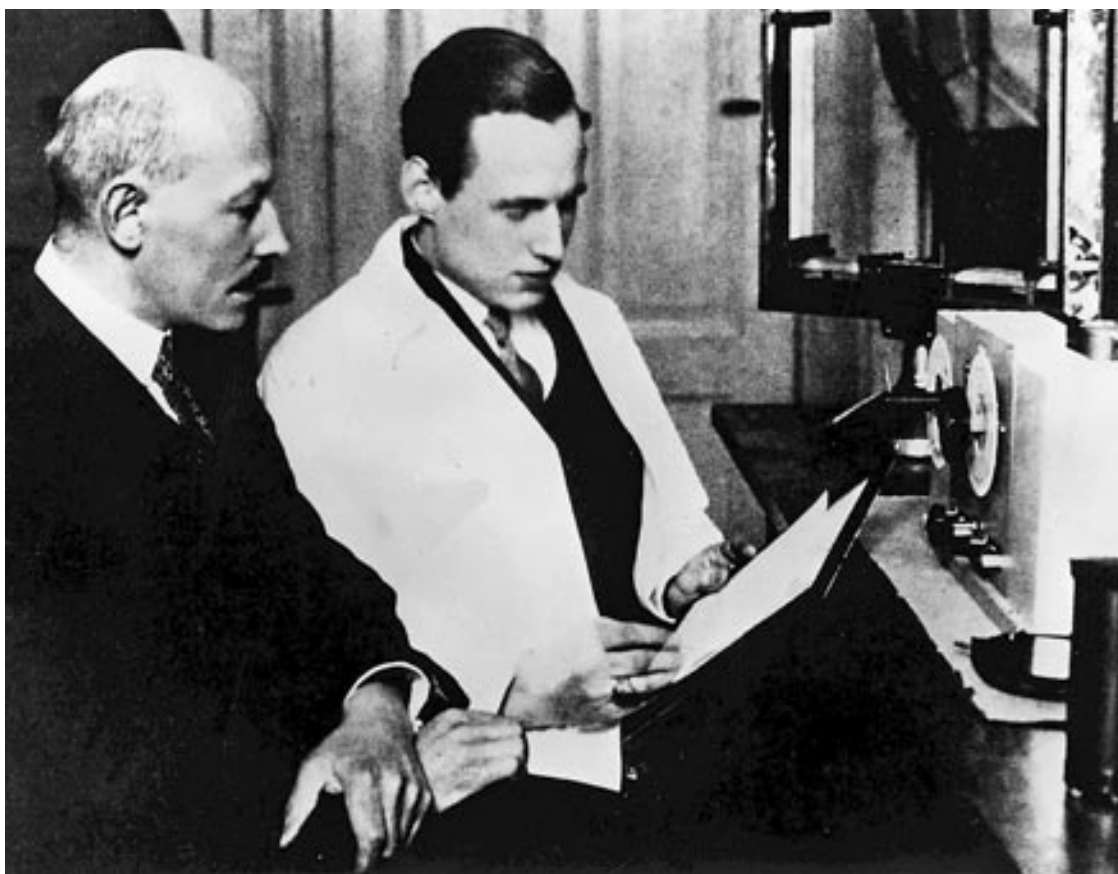
**Steglitz-Zehlendorf.** Spielplätze im Bezirk sollten nach Vorstellung der CDU-Fraktion mit Schaukeln für körperlich eingeschränkte Kinder ausgestattet sein. In einem Antrag des Bezirksverordneten Jens Kronhagel wird das Bezirksamt gebeten zu prüfen, sogenannte Inklusionsschaukeln, einzurichten. Bislang ist es den betroffenen Kindern oft nicht möglich zu schaukeln.

**Stele am Teltowkanal soll an Siegmund Loewe erinnern**

# Ehrung für Lichterfelder Fernsehponier

**Lichterfelde.** Dem Radio- und Fernsehponier Siegmund Loewe soll eine neue Gedenkstele in Lichterfelde gewidmet sein. Auf Antrag der CDU-Fraktion beschloß die Bezirksverordnetenversammlung am 18. Mai, an den gebürtigen Berliner „an geeigneter Stelle“ zu erinnern. Der Physiker, der 1962 in Sarasota (USA) verstarb, war in den 1920er Jahren Pionier bei der Konstruktion der ersten integrierten Schaltkreise, damals noch in Röhren.

Zusammen mit seinem Bruder David Loewe gründete Siegmund Loewe im Januar 1923 zunächst die Radiofrequenz GmbH in der Friedenauer Niedstraße. Ab Oktober desselben Jahres baute der an der Universität Jena promovierte Spezialist für Hochfrequenztechnik das Audion-Werk Dr. S. Loewe GmbH zur Herstellung von Elektronenröhren auf, danach die Loewe Radio GmbH zur Produktion von Lautsprechern und Widerständen. Im Frühjahr 1924 wurde am Teltowkanal im Steglitzer Ortsteil Lichterfelde ein Werk für die Einzel-



Ein Bild aus dem Jahr 1928: Siegmund Loewe (links) und Manfred von Ardenne im Gespräch. Fotos: Loewe AG (via Wikipedia)



In der Niedstraße in Friedenau gründeten die Brüder David und Siegmund Loewe im Jahr 1923 die Radiofrequenz GmbH.

teil- und Empfängerfertigung errichtet. Die Brüder Loewe konzentrierten ihre Firmen bald darauf hier am Teltowkanal, wo 1929 zunächst der Firmensitz der Berliner Radio-Handels AG war.

1930 erfolgte die Umbenennung in „Radioaktiengesellschaft D. S. Loewe“.

Mitte der 1920er Jahre stellte Siegmund Loewe den jungen Au-

todidakten Manfred von Ardenne ein und entwickelte mit ihm eine der ersten Mehrsystemröhren. In der sogenannten Dreifachröhre vom Typ 3NF waren außer drei Triodensystemen auch vier Widerstände und zwei Kondensatoren integriert. Sie wurde im Ortsempfänger Loewe OE 333 eingesetzt. Der OE 333 war eines der erfolgreichsten Radiogeräte in Deutschland vor dem Zweiten Weltkrieg.

Mit der Etablierung der NS-Diktatur wurden die Loewes, Söhne eines jüdischen Arztes und einer evangelischen Mutter, zum Angriffsziel der neuen Machthaber. Zunächst wurde David aus dem Unternehmen gedrängt. Siegmund gelang es nach seinem Austritt aus der jüdischen Gemeinde zunächst, das Unternehmen weiterzuführen und Aktien

an Schweizer und englische Firmen zu übertragen. Die Enteignung der Radio AG D. S. Loewe (ab 1940 Löwe Radio AG, ab 1942 Opta Radio AG) erfolgte schließlich im Jahr 1938, nachdem das Reichsinnenministerium Loewes Austritt aus der jüdischen Gemeinde als unwirksam erklärt hatte. Als Siegmund Loewe während einer Geschäftsreise aus dem Vorstand des Unternehmens entlassen wurde, kehrte er nicht nach Deutschland zurück. Er ließ sich in den USA nieder.

1949 wurden die Unternehmensanteile in Westdeutschland und West-Berlin an Siegmund Loewe zurückerstattet und in Loewe Opta AG umbenannt. Siegmund Loewe verstarb 1962 während eines Aufenthalts in den USA und wurde am 28. Mai auf dem Waldfriedhof Dahlem bestattet.

**Erstes Treffen in der Schweizerhof-Schule**

## Runder Tisch beriet über Zehlendorf-Süd

**Zehlendorf.** Auf Anregung der CDU-Fraktion vom Dezember beriet Ende April in der Schweizerhof-Grundschule ein Runder Tisch über Verkehrsprobleme der Gutzmannstraße und der Leo-Baek-Strasse.

Neben den CDU-Bezirksverordneten wie Ralf Fröhlich, Bernhard Lücke und Karen Wirwitz fanden sich Vertreter der Interessenvertretung Gutzmann-/Leo-Baek-Strasse und der für Verkehr zuständige Bezirksstadtrat Urban Akyal zum Bürger-Gespräch ein.

Bereits seit Jahren wird in der Gutzmannstraße und der Leo-Ba-

eck-Strasse gebaut. Zahlreiche verkehrsregelnde oder Sicherheitsmaßnahmen wurden im Zuge dessen inzwischen vorgenommen. Leider haben diese Maßnahmen nicht ausgereicht, um den schnellen Durchgangsverkehr einzudämmen. Durch die Einrichtung eines Runden Tisches, mindestens dreimal im Jahr, sollten nach dem Willen der Antragsteller Lösungen diskutiert und gefunden werden.

Dazu sollen auch Vertreter des Klinikums Emil von Behring, die Süd-Grundschule, Senioreneinrichtungen, Kirchengemeinden eingeladen werden.



Runder Tisch über Verkehrsprobleme in Zehlendorf-Süd: Mitglieder der CDU-Fraktion diskutierten mit Interessenvertretern über Lösungsmöglichkeiten, den Durchgangsverkehr einzudämmen. Foto: M. A. Schmidt